

# Accent



Das Organ der  
Jungfreisinnigen  
Schweiz

Ausgabe 03.08



Universitätsbeginn  
Rentrée universitaire

ab S. 2

Les sections Universitaires

ab S. 12

Texte von Fulvio Pelli, Ruedi Noser,  
Mauro Dell'Ambrogio, Gabriele Gendotti

# Rentrée universitaire: Die Uni hat uns wieder

Depuis toujours sensibles et intéressés aux questions de la formation et de la recherche, les Jeunes libéraux radicaux suisses dédient un numéro de leur organe officiel à la rentrée universitaire: bonne lecture!

Von Nicola Pini, Vorstandsmitglied jfs und Chefredaktor Accent



## Wesentliches und Unwesentliches

FDP-Präsident Fulvio Pelli

Bildung sei die Fähigkeit, Wesentliches von Unwesentlichem zu unterscheiden, behauptet der Kulturphilosoph Paul Anton de Lagarde. Bildung ist also nicht bloss eine Anhäufung von Zahlen und Fakten, die man bei Bedarf abrufen kann. Bildung führt dazu, unsere Welt auf eine bestimmte Art und Weise zu betrachten, nämlich mit dem Blick für das Wesentliche. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass die Ausbildung nicht immer genau diese Fähigkeit vermittelt und nicht selten auch Unwesentliches gelernt werden muss, weil es an Prüfungen abgefragt wird.

Und trotzdem: Unser Bildungssystem von der Volksschule bis hin zu den Universitäten hat einen hohen Qualitätsstandard. Das ist kein Zufall, denn die Schweiz arbeitet intensiv an ihrem Bildungssystem. Verbesserungen sind aber immer möglich und auch nötig. Denn, man kann es nicht genug sagen: Der wichtigste Rohstoff unseres Landes liegt zwischen den Ohren der Menschen und diesen Rohstoff gilt es optimal zu nutzen. Deshalb müssen die Schweizer Universitäten zu den Besten der Welt gehören. So haben die Absolventinnen und Absolventen die besten Chancen, ihr Berufsleben erfolgreich zu gestalten.

Wir, die FDP setzen uns dafür ein, dass die Studierenden optimale Startvoraussetzungen für ihre berufliche Laufbahn erhalten. Oder um es mit de Lagarde zu sagen: dass es Ihnen gelingt, Wesentliches von Unwesentlichem zu unterscheiden.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start ins Studium respektive ins neue Studienjahr.

« Pronti, partenza...via » : c'est la Rentrée ! Après deux mois de vacances, de travail, de stage ou d'étude en vue de la session d'examens, la reprise des cours pèse encore une fois sur la vie des étudiants.

Les Jeunes Libéraux Radicaux Suisses ne peuvent que s'intéresser à cette rentrée académique, non seulement car ils comptent parmi eux plusieurs sections universitaires et de hautes écoles – qui seront d'ailleurs présentées à partir de la page 12 – mais aussi parce que la formation est un des piliers fondamentaux de la politique des JLRS : d'après nous, en effet, la matière grise doit être considérée comme la matière première de notre pays !



Die Jungfreisinnigen sind überzeugt davon, dass Bildung und Forschung wichtige Grundlagen unseres Wohlstandes sind: Deshalb müssen wir diesem Bereich Sorge tragen. Insbesondere kämpfen wir für ein qualitativ hochwertiges und schweizweit harmonisiertes Schulsystem.

La particolare attenzione per l'istruzione e la formazione ha lasciato segni indelebili anche in Ticino: si deve proprio ad un'iniziativa dei Giovani liberali radicali l'introduzione, qualche anno fa, dell'ora di Civica nella scuola dell'obbligo.

Ce numéro est donc consacré dans sa totalité à la formation : die Ausbildung. D'une part il se focalise sur

des sujets relatifs à l'instruction scolaire au sens large du terme, comme le projet HarmoS, la question de la liberté de choix de l'école et le travail de la commission parlementaire de la science, de l'éducation et de la culture; d'autre part il se penche sur des thèmes qui concernent plus concrètement la large majorité des étudiants des hautes écoles : on s'est donc interrogé sur le rapport entre la politique et l'Université, sur la question du financement des études et sur l'efficacité du Système de Bologne.

Le corpus des auteurs est constitué par un mélange entre d'une part des jeunes qui – comme vous – ont la passion de la politique et de l'autre des personnalités

remarquables, tels que le Président Fulvio Pelli, le Secrétaire d'Etat Mauro Dell'Ambrogio, le Conseiller National Ruedi Noser, les politologues Oscar Mazzoleni et Ioannis Papadopoulos.

Le but est de créer un équilibre, le même équilibre que l'on doit retrouver dans toute formation complète, solide et efficace, qui doit être composée de deux types précis de savoirs: un savoir général, qui permet de bien vivre et de comprendre la société d'aujourd'hui, et un savoir spécifique, qui doit garantir des débouchés professionnels adéquats après les études

Bonne reprise académique à toutes et à tous !

# Wettbewerb auch in der Bildung!

Eine Landschaft braucht verschiedene Gärtner, wenn sie blühen soll

Mauro Dell'Ambrogio, Staatssekretär für Bildung und Forschung



Dass die Hochschul-landschaft Schweiz auch morgen „blü- hen“ soll, darüber herrscht landauf und landab grosse Einigkeit. Ziemlich klar ist darüber hin- aus auch, welches die Indikatoren für eine blühende Hochschullandschaft Schweiz sind.

Die ETH und die kantonalen Universitäten sol- len zu allererst qualitativ hochstehende Lehr- veranstaltungen anbieten und dadurch ihre Studierenden befähigen, entweder die Ent- wicklungen der Wissenschaft mitzugestalten oder aber sich in anspruchsvollen Tätigkeiten innerhalb eines breiten Berufsspektrums zu behaupten. Die Fachhochschulen ihrerseits sollen durch praxisorientierte Diplomstudien auf spezifische berufliche Tätigkeiten vorbereiten, welche die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden oder gegebenenfalls hohe künstlerische Fähigkeiten erfordern. Zweitens sollen die Hochschulen als Produk- tionsstätten neuen Wissens bahnbrechende Forschungsergebnisse hervorbringen (die Universitäten und die ETH eher im Grund- lagenbereich, die Fachhochschulen auf an- wendungsorientierter Ebene) und damit die Innovationskraft des Landes entscheidend beflügeln.

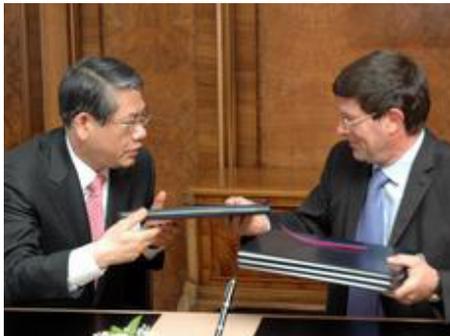
Ein dritter Aufgabenkreis schliesslich umfasst die Tätigkeiten der Hochschulen im Dienstleis- tungsbereich gemäss den Bedürfnissen der Gesellschaft und der Wirtschaft sowie in der Fort- und Weiterbildung im Sinne des Gebots des lebenslangen individuellen Lernens.

Soweit, so gut.

Wie nun aber muss die Hochschullandschaft ausgestaltet sein, damit die einzelnen Hoch- schulen diese hohen Erwartungen in einem globalisierten Kontext erfüllen können? Genau dies ist die Kardinalfrage, auf welche bei den

laufenden Arbeiten zur Revision der Gesetz- gebung im schweizerischen Hochschulbe- reich geeignete Antworten gefunden werden müssen.

Der vorliegende Entwurf für ein Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) basiert auf dem neuen Artikel 63a der Bundesverfassung. Danach sorgen „der Bund und die Kantone gemeinsam für die Koordination und für die Gewährleistung der Qualitätssicherung im schweizerischen Hoch- schulwesen“. Was dies genau heisst und wel- che Konkretisierung der Hochschulartikel auf der Gesetzesstufe erfahren soll, hierfür gibt es sehr verschiedene Ansichten.



Einer der vielen Diskussionspunkte ist, natürlich, die künftige Finanzierung der Hochschulen. Dass das von der Verfassung genannte Stich- wort gemeinsam bei jährlichen Investitionen von rund 7,3 Milliarden Franken ins Hochschulsystem Begehrlichkeiten seitens der Kantone an den Bund weckt, ist nachvollziehbar. Es käme aber nicht nur einem finanzpolitischen Spagat, sondern vor allen Dingen einem hoch- schul- und forschungspolitischen Desaster gleich, wenn der Bund, der Träger des welt- weit wettbewerbsfähigen ETH-Bereichs und der wichtigste öffentliche Förderer der Grund- lagenforschung sowie der immer wichtiger werdenden internationalen Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft, bei gleichblei- bender Staatsquote einen zusätzlichen Effort zugunsten der Grundfinanzierung der kanto- nalen Universitäten und der Fachhochschulen leisten müsste.

Ein anderer, für die Zukunft der Hochschul- landschaft Schweiz äusserst wichtigster Punkt, der oft und kontro- vers diskutiert wird, ist das Verständnis von Koordination des Hochschulbe- reichs.



Hier befürworte ich gemeinsame Absprachen und Diskussionen in Bezug auf die Strategien der einzelnen Hochschulen. Sie sind sinnvoll, ge- rade wenn es um kostspielige Fachbereiche und hier notwendige Investitionen geht.

Dass dagegen eine zentrale Planung und eine Top-down wirksame Steuerung durch die im HFKG vorgeschlagene Schweizerische Hochschulkonferenz – dem neuen obersten hochschulpolitischen Organ – unserer Hoch- schullandschaft zu künftiger Blüte gereicht, wage ich zu bezweifeln. Dies nicht nur, weil ich grundsätzlich ein Verfechter liberalen Gedan- kenguts bin und darum den Wettbewerb auch im Hochschulbereich propagiere: Der aktuelle Erfolg unserer Hochschulen (sei er nun interna- tional, national oder auch nur regional beleg- bar) zeigt doch, dass weitgehende Autonomie der Träger der Hochschulen und der Hoch- schulen selbst das beste Rezept ist für eine blühende Hochschullandschaft. In diesem Sin- ne bin ich der Meinung, dass die Schweiz auch künftig nicht einen hochschulpolitischen Gärt- ner, sondern viele verschiedene braucht, welche die wesentlichen Grundlinien und Schnittpunkte zusammen ab- machen, jeder einzelne aber für seinen bestimm- ten Anteil allein die Verantwortung trägt: nicht nur für den Unterhalt, sondern auch für die Ge- staltung.



# Freie Schulwahl - Libre choix de l'école: se tourner vers l'avenir

**Le libre choix de l'école est l'un des sujets politiques les plus brûlants de l'année. Subventions aux écoles privées pour les uns, diversité et liberté pour les autres, le libre choix ne laisse personne indifférent. Mais loin des arguments émotionnels souvent utilisés de part et d'autre lorsqu'il s'agit de formation, quelles sont vraiment les implications du libre choix de l'école ?**

Samuel David, membre du comité JLRS et responsable du groupe de travail *Travail et Formation*

Cet automne, les citoyens de Bâle-Campagne seront appelés à se prononcer sur l'introduction du libre choix de l'école dans leur constitution cantonale. Le canton de Bâle-Campagne emboîtera ensuite le pas aux nombreux autres cantons dans lesquels des initiatives visant au même but ont été lancées ou sont sur le point de l'être (par exemple à Zurich, Genève, Soleure, ou Vaud).

Le libre choix de l'école, qui recouvre en fait un *chèque scolaire* d'un montant fixe (en Suisse, de 11'000 à 15'000.- par année) attribué aux parents de chaque élève pour l'éducation de leur rejeton, recouvre deux facettes bien distinctes. D'abord, elle permet aux parents de choisir l'école qui correspond le mieux aux besoins de leur enfant, et ce sans contrainte financière comme c'est le cas aujourd'hui. Ensuite, la liberté de choix est d'ordre géographique : les parents pourront choisir librement le lieu de l'école de leur enfant. La première facette de la liberté de choix permettra ainsi la *mise en concurrence* des divers programmes éducatifs et aura comme conséquence l'amélioration du standard éducatif général, alors que la seconde facette de la liberté de choix évitera aux enfants issus de quartiers défavorisés de subir une éducation médiocre, en libérant de l'obligation actuelle de suivre les cours de l'établissement scolaire le plus proche du lieu d'habitation.

La liberté de choix telle que prévue par l'initiative n'est pas totale : seules les écoles respectant strictement certaines exigences pédagogiques fixées par l'Etat pourront bénéficier du *chèque scolaire*. Ces mêmes écoles seront ensuite soumises à un contrôle étatique afin de garantir que leur cahier des charges soit correctement exécuté. Chaque établissement scolaire pourra en revanche choisir sa propre voie pour atteindre les objectifs de l'Etat, en laissant une liberté accrue aux principaux intéressés, c'est-à-dire aux enseignants et aux directeurs d'établissement. Cela aboutira à une offre scolaire bien plus variée qu'aujourd'hui,

sans toucher à la cohésion sociale et à la fonction d'intégration de l'école, puisque les objectifs scolaires resteront les mêmes quel que soit l'établissement choisi. En outre, les établissements privés qui bénéficieront du *chèque scolaire* devront accepter tous les élèves sans discrimination et ne pourront pas répercuter d'écolage supplémentaire sur les parents afin de garantir l'égalité d'accès à tous, sans distinction par l'argent.



En conférant aux parents la liberté de choisir l'éducation de leur enfant et en encourageant la mixité sociale, le libre choix de l'école s'inscrit parfaitement dans la ligne politique des libéraux-radicaux, qui ont toujours défendu les libertés et privilégié les solutions individuelles aux mesures collectivistes. S'il existe en Suisse déjà une forme de liberté de choix entre établissements publics et écoles privées, comme ne manquent d'ailleurs pas de le rappeler les opposants au libre choix, cette liberté n'est de loin pas accessible à tout le monde : la cherté des établissements privés empêche aujourd'hui de nombreux enfants de

suivre des programmes scolaires adaptés à leurs besoins et leurs capacités. Cette situation, qui ne permet qu'à une minorité de jouir de la liberté de choix, est insatisfaisante et génératrice d'inégalités : en tant que libéraux, nous savons que les libertés individuelles appartiennent à tous et non pas seulement à une minorité privilégiée.

Mais au-delà de la théorie, certains pays, notamment ceux du nord de l'Europe, ont déjà introduit le libre choix de l'école dans leur système éducatif avec des résultats encourageants pour les partisans du libre choix en Suisse. Les Pays-Bas, par exemple, qui connaissent le libre choix de l'école depuis un siècle, parviennent lors des tests PISA à des résultats similaires (voire légèrement supérieurs) à ceux de la Suisse, malgré un coût par élève deux fois moins élevé que chez nous. En Suède, où le libre choix existe depuis 1994, les établissements privés obtiennent de meilleurs résultats que l'école publique et parviennent à une gestion plus efficace des deniers publiques. A l'échelle de l'Europe, on retrouve très souvent les pays connaissant déjà le libre choix parmi les meilleurs du classement basé sur les tests PISA.

En comparaison, la plupart des cantons suisses connaissent des systèmes scolaires parmi les plus rigides d'Europe au point de vue de la liberté de choix. Ainsi, il n'est pas rare qu'un élève ne soit pas autorisé à fréquenter l'école la plus proche de son domicile si celle-ci se trouve dans une autre commune. De même, les parents se voient souvent refuser l'enclassement de leur enfant à proximité de leur lieu de travail, même si cette solution est plus pratique pour l'enfant et les parents. Si le libre choix de l'école tel que prévu par les initiateurs est refusé dans les urnes, il sera nécessaire de mener une réflexion en profondeur sur nos systèmes scolaires, en introduisant le libre choix entre établissements publics comme premier pas vers des systèmes scolaires plus libres et plus adaptés aux élèves.

# Die Arbeit in der WBK

## Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK)

Ruedi Noser, Nationalrat FDP



Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, kurz WBK, ist sicherlich eine der abwechslungsreichsten und vielfältigsten Legislativkommissionen auf

Bundesebene. Einerseits gibt es kaum eine Wiederholung der Geschäfte, wie dies beispielsweise bei der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) der Fall ist, die sich fortlaufend mit einer weiteren Revision der AHV oder des Krankenversicherungsgesetzes zu befassen hat. Andererseits weist aber auch kaum ein anderes Kommissionsprogramm eine solche Themenvielfalt auf wie jenes der WBK. Die zu diskutierenden Themen reichen von einem Verbot von Pitbulls in der Schweiz, einem bedarfsgerechten Angebote an Tagesstrukturen während der obligatorischen Schulzeit bis hin zur Förderung der Kultur und der Stellung der Stiftung Pro Helvetia aber auch den verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen über die Forschung am Menschen oder der Verlängerung des Gentechmatoriums bis 2013, um an dieser Stelle nur einige Beispiele zu nennen.

Zur eigentlichen Aufgabe der WBK, wie auch allen anderen Legislativkommissionen gehört es, die ihnen zugewiesenen Geschäfte vorzubereiten und ihrem Rat entsprechende Anträge zu unterbreiten. Dabei arbeiten die Kommissionen eng mit dem Bundesrat zusammen. Weitere Aufgaben sind die regelmäßige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen sowie die Ausarbeitung von Anregungen zur Problemlösung in ihren Sachbereichen der Bundespolitik. Die WBK des Nationalrates setzt sich aus 25 Mitgliedern zusammen, diejenige des Ständerates aus 13 Mitgliedern. Durchschnittlich tagen die Kommissionen 3-4 Tage pro Quartal.

Im Bereich der Bildungspolitik stehen in der WBK derzeit zwei wichtige Themenbereich im Vordergrund: Zum einen betrifft dies im Tertiärbereich die Umsetzung der „Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung“ (sog. Bildungsrahmenartikel) der die Arbeit der WBK bereits in der letzten Legislatur geprägt hat. Sie mündet in die Neuorganisation der Schweizerischen Hochschullandschaft. Das Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz wird die WBK in naher Zukunft sicherlich ausgiebig beschäftigen, gerade nachdem die Vernehmlassung, die im Januar

dieses Jahres zu Ende gegangen ist, mehrheitlich negativ ausgefallen ist – auch seitens der FDP.

Zum Anderen wird sich die WBK in nächster Zeit mit der Frage der schweizweiten Harmonisierung der Stipendien und Ausbildungsbeihilfen im Tertiärbereich befassen. Die bisher in diesem Bereich laufenden Arbeiten wurden sistiert, um die Ergebnisse der Vernehmlassung zu einem Entwurf für eine interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen, welche die Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK) zu Beginn dieses Jahres in Auftrag gegeben hat, abzuwarten. Auch hier ist anzunehmen, dass die Beratungen einige Zeit in Anspruch genommen werden.

Im Zusammenhang mit der Bildungspolitik möchte ich an dieser Stelle noch auf eine Veranstaltung der FDP Schweiz aufmerksam machen. Am 1. November findet auf dem Novartis Campus in Basel eine Fachtagung zur Zukunft des Bildungs- und Forschungsplatzes Schweiz statt, die der Hochschulfinanzierung und Hochschulautonomie, den Stipendien und Ausbildungsbeiträgen sowie dem Public Private Partnership gewidmet sein wird. Ich möchte die jungfreisinnigen herzlich dazu einladen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Weitere Informationen folgen in Kürze auf der Homepage der FDP Schweiz ([www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)).



# Vis à vis

## Faccia a faccia

Les étudiants et les professeurs pensent-ils la même chose par rapport à la politique à l'Université?

On a posé les mêmes questions à un étudiant et à un professeur:

- Alessandro Speziali, étudiant de Master en Science Politique à l'Université de Lausanne
- Oscar Mazzoleni, politologue, responsable de l'Observatoire de la vie politique du canton

### 1) L'IDÉE SELON LAQUELLE LES ÉTUDIANTS SONT EN GRANDE MAJORITÉ DE GAUCHE EST-ELLE VRAIE? SI OUI, POURQUOI?



SPEZIALI: Cela dépend, dans notre cadre universitaire, de la faculté : en effet, la composition idéologique des étudiants d'économie est différente par rapport à celle des étudiants de sociologie, même si on peut avoir un gauchiste convaincu qui étudie le marketing ou un libéral pur et dur qui suit les cours de politiques sociales. Logiquement, il y a plusieurs conceptions des droites et des gauches et peut-être le label n'est plus aussi important qu'il l'était dans le passé : toutefois, ces deux champs sont encore bien présents dans l'imaginaire commun et dans la réalité politique. C'est difficile de dire si les étudiants en général sont réellement plus de gauche : peut-être que cette image vient du fait que l'activisme rouge est très visible (comités étudiants, actions collectives, petits journaux). Il faut aussi admettre qu'étudier, s'informer et s'intéresser à certaines thématiques permet de dépasser certaines convictions plutôt *populaires* ou même *populistes* typiques de certains milieux. Mais attention à ne pas tomber dans l'intellectualisme qui imprègne parfois les gauchistes car on peut bien étudier la société avec son fonctionnement, son histoire et ses problèmes en restant, de façon cohérente, de droite. J'espère en être un exemple...

tes théories, les nombreux courants et les différents points de vue sont présentés et expliqués. Cela est fondamental, surtout lorsqu'il s'agit des sciences humaines où l'unité épistémologique et paradigmatique est encore lointaine. Il faut donc donner aux étudiants tous les instruments nécessaires afin qu'ils puissent pouvoir se construire leur propre idée (mais attention, c'est aussi à nous de creuser un peu dans la littérature !). J'aime bien lorsque les professeurs donnent clairement leur point de vue autour d'un sujet. Là, il ne s'agit pas d'une *contamination*, c'est tout simplement un apport utile que l'on peut partager ou refuser. Donc, il faut bien distinguer le jugement de fait et le jugement de valeur, sans pourtant anéantir les positions personnelles. Il faut simplement faire attention que les positions personnelles ne soient pas le point de départ des explications données. Dans le cas contraire, on aurait un grand problème scientifique et intellectuel. Cette neutralité est présente parmi les enseignants de science politique ? Le fait que j'ai obtenu le Bachelor en est une épreuve convaincante...



MAZZOLENI: La sphère publique est un espace où ce jouent des enjeux et des controverses politiques. Cela vaut aussi pour l'Université, qui est un lieu de formation, mais également une sphère publique, où s'expriment des traditions de pensée et intérêts divergents. Pour des raisons historiques et sociologiques, des orientations politiques peuvent être plus présentes que d'autres en fonction des enjeux et

des filières, non seulement à Lausanne. Cela dit, je crois qu'on ne peut pas dire que les orientations de gauche - dont les contenus sont loin d'être homogènes - sont dominantes dans l'ensemble des Facultés de l'UNIL.

### 2) DANS QUELLE MESURE L'ENSEIGNEMENT EST-IL NEUTRE ? LES PROFESSEURS DE SCIENCES POLITIQUES FONT-ILS PREUVE D'UNE CERTAINE NEUTRALITÉ AXIOLOGIQUE DURANT LEURS COURS?

SPEZIALI: À mon avis, un enseignement est neutre lorsque les différen-

MAZZOLENI: Il est difficile de définir et de réaliser la neutralité dans le domaine scientifique. En principe, nous pouvons distinguer entre jugement de fait et jugement de valeur, mais dans la pratique il n'est pas facile d'établir une frontière claire entre ces deux types de jugement. L'effort des enseignants, non seulement en science politique, est de faire preuve d'une approche scientifique qui ne fonde pas ses analyses sur des jugements de valeurs. En même temps, les enseignants sont des citoyens-ne-s parmi d'autres, avec leurs valeurs et des points de vue spécifiques. Des points de vue qui peuvent, si présentés comme tels, et non pas comme des arguments d'autorité, nourrir le débat et développer la sphère publique universitaire.

### 3) WINSTON CHURCHILL DISAIT QUE FAIRE L'ACTEUR EST PLUS INTÉRESSANT QUE FAIRE DE LA CRITIQUE CINÉMA-TOGRAPHIQUE : EST-CE QUE C'EST LA MÊME CHOSE POUR LA POLITIQUE ? VAUT-IL MIEUX ÊTRE LE POLITOLOGUE OU LE POLITICIEN ?

SPEZIALI: Il y a des politiciens, même de haut niveau, qui ont étudié la science politique : ce n'est donc pas un *aut aut*. En effet, je suis convaincu que pour bien comprendre la politique et ses mécanismes, il faut pouvoir essayer les deux rôles. Trop facile de rester commodément assis en tribune...

MAZZOLENI: Il est difficile de répondre: il s'agit de deux carrières éminemment différentes, chacune avec des points forts et faibles. L'élément qui les rapproche est l'importance accordée aux affaires publiques. En clair, dans les deux cas, il faut une certaine passion pour la *Res Publica*.

# Université/politique : qui influence qui?

Interview avec le politologue Ioannis Papadopoulos, professeur ordinaire à la faculté des sciences sociales et politiques de l'université de Lausanne et co-éditeur du Handbook of Swiss Politics (Zurich, NZZ Verlag, 2007).

Fabio Cappelletti, étudiant IDHEAP

## EST-IL VRAI QUE LES ÉTUDIANTS UNIVERSITAIRES SONT EN GRANDE MAJORITÉ DE GAUCHE ?

Je ne pense pas que la grande majorité des étudiants soit de gauche. L'idée selon laquelle les étudiants seraient en grande majorité de gauche est probablement due au fait que les étudiants politiquement actifs et organisés dans les associations, et donc visibles sur la scène politique, sont souvent de gauche. Certes, il est aussi probable que les étudiants en sciences sociales, qui ont un intérêt plus marqué pour la politique, soient plus à gauche que les étudiants en général. Mais si les étudiants ont parfois des opinions de gauche plus prononcées, cela peut changer après leur insertion dans le marché de l'emploi. Et de récentes études ont montré qu'il y a eu ces dernières années un certain glissement à droite des opinions plus généralement des jeunes.

## DANS QUELLE MESURE L'ENSEIGNEMENT UNIVERSITAIRE EN SCIENCES SOCIALES EST-IL NEUTRE ? EST-IL TOUJOURS FACILE POUR UN PROFESSEUR DE METTRE DE CÔTÉ SES IDÉES POLITIQUES DURANT SES COURS ?

Dans les sciences sociales, parfois même dans les sciences exactes, il y a des conflits de paradigmes. Or, ces conflits n'ont qu'un lien très faible avec des clivages d'ordre politique, du fait qu'ils sont internes au champ scientifique. Compte tenu de cela, je pense que l'enseignement dans les sciences sociales devrait être honnête. Il ne doit pas être de l'endoctrinement, ni politique, ni aux paradigmes scientifiques auxquels adhère l'enseignant. Un professeur doit présenter l'état d'une question dans son domaine en enseignant aux étudiants les différentes approches. Par contre, il n'est pas illégitime qu'il énonce ses préférences, à condition d'argumenter et de dire pourquoi il trouve tel paradigme plus convaincant que tel autre. De plus, il ne devrait exprimer de jugement de valeur que en permettant aux étudiants de le reconnaître comme tel.

Le chercheur en sciences a aussi la possibilité de montrer, sur la base de travaux empiriques, que tel ou tel acteur politique, intentionnellement ou pas, raconte des contre-vérités. En effet, les politiciens ont souvent des points de vue idéologiques qui les rendent sourds aux conclusions des travaux scientifiques. Mais, ici aussi, l'éthique scientifique nous impose de publier des résultats de nos recherches même s'ils infirment les positions politiques de personnes ou de partis dont on est proches idéologiquement.

## WINSTON CHURCHILL DISAIT QUE FAIRE L'ACTEUR EST PLUS INTÉRESSANT QUE FAIRE DE LA CRITIQUE CINÉMATOGRAPHIQUE : EST-CE DE MÊME POUR LA POLITIQUE ? VAUT-IL MIEUX ÊTRE LE POLITICIEN OU LE POLITOLOGUE ?

Je pense qu'on a à faire avec des sphères sociales qui fonctionnent de manière différente : la politique a ses propres règles du jeu et la science a les siennes. Les interfaces ne sont pas faciles car, par exemple, il est difficile pour un scientifique de défendre des positions politiques souvent un peu simplistes, alors que ses travaux montrent la complexité des causalités.

S'il vaut mieux être l'un ou l'autre ? Au fond, c'est une affaire de goût. Il y a des personnes qui ont un goût pour l'action politique et il y a celles qui ont plutôt le goût pour la recherche. Socialement, les deux activités sont nécessaires : dans une société différenciée comme la notre, il faut à la fois des politiciens et des scientifiques... tout comme il faut des médecins et des avocats !

## ESTIMEZ-VOUS CONVENABLE D'ASSOCIER UNE ACTIVITÉ POLITIQUE À LA POSITION DE PROFESSEUR UNIVERSITAIRE, NOTAMMENT EN SCIENCES SOCIALES ?

Il n'y a pas, à mon avis, d'incompatibilité formelle. Il y a du reste des professeurs universitaires qui sont engagés dans les différents partis comme dans le cas de notre ancien recteur (Jean-Marc Rapp n.d.r.) qui était député du parti libéral. Je ne le trouve pas choquant, par contre, il est important pour les étudiants de savoir chaque fois qui parle : le genre de propos qu'on tient en tant que professeur ne devrait pas être le même que celui qu'on tient en tant que politicien.

## J'IMAGINE QUE VOUS AVEZ DÉJÀ DÛ TRAVAILLER OU DÉBATTRE AVEC DES POLITICIENS. SELON VOTRE EXPÉRIENCE, COMMENT SE POSITIONNENT CES DERNIERS FACE AUX RÉSULTATS DES RECHERCHES SCIENTIFIQUES ?

Les politiciens sont impliqués dans des luttes. Il est donc normal – selon les règles du jeu de la politique – qu'ils recourent à des arguments scientifiques lorsqu'ils les arrangent. Des recherches en psychologie sociale ont par exemple montré que, lorsqu'on est confronté à un nouveau message, on l'assimile plus facilement s'il est congruent avec nos croyances personnelles. Un politicien n'a pas d'incitations à assimiler des messages scientifiques lorsqu'ils ne confirment pas ses croyances! En plus, les politiciens ont aussi des contraintes stratégiques qui font que, même s'ils pensent qu'un message scientifique est intéressant et correct, ils ne le reprendront pas, car cela peut, par exemple, s'avérer contre-productif sur le plan électoral... toutes les vérités ne sont pas bonnes à dire pour le politicien, alors qu'elles doivent l'être pour le scientifique !

Ceci dit, il ne faut pas généraliser car le rapport que les politiciens entretiennent avec la science est variable. Par exemple, un politicien qui a fait des études sera probablement plus ouvert face à la recherche qu'un politicien qui considère que les scientifiques ne sont que des bons à rien enfermés dans leur tour d'ivoire ou naviguant dans la stratosphère. Du reste, on nous reproche aussi de plus en plus de ne pas nous intéresser à communiquer avec les milieux politiques. Ceci s'explique aussi par les contraintes propres au champ scientifique. En effet, un scientifique veut souvent être reconnu dans son domaine, et il y arrive plus facilement s'il publie dans une revue scientifique prestigieuse, mais confidentielle, qu'en donnant des interviews ou en apparaissant à la télévision (en plus ses collègues le traiteront de vulgarisateur, donc pas sérieux !).

# Le borse di studio e la manovra finanziaria: la situazione ticinese

Le borse di studio costituiscono una delle conquiste più importanti per quanto riguarda la democratizzazione degli studi e non devono essere messe in discussione

Gabriele Gendotti – Consigliere di Stato e Direttore del DECS



Ai molti giovani ticinesi che iniziano quest'anno o che riprendono, dopo la pausa estiva, la loro formazione universitaria negli atenei dentro e fuori Cantone, auguro – prima di tutto – il pieno successo negli studi e la possibilità di coronare i loro sogni una volta in possesso del titolo per il quale, insieme alle rispettive famiglie, si stanno impegnando a fondo.

La possibilità di intraprendere un curriculum di livello universitario – e il discorso vale anche per chi si iscrive a una Scuola universitaria professionale – è sicuramente una delle chances migliori di cui un giovane possa oggi beneficiare per entrare nel mondo del lavoro con buone prospettive di riuscita. Gli studi universitari forniscono infatti un bagaglio di conoscenze adeguate per poter corrispondere alle sempre maggiori esigenze che provengono dai diversi ambiti dell'economia.

Le università, con i loro tre anni di Bachelor e i due anni di Master, mettono a dura prova non solo gli studenti, che ovviamente sono chiamati a dare il meglio di sé dal profilo del rendimento scolastico, ma impongono anche alle famiglie un impegno finanziario rilevante. È un impegno di cui il Dipartimento dell'educazione, della cultura e dello sport è perfettamente consapevole, soprattutto per quei genitori che non sarebbero in grado, unicamente sulla base dei loro redditi, di sostenere i costi di uno o più figli all'università.

Per aiutare queste famiglie lo Stato interviene erogando delle borse di studio secondo principi di equità e di proporzionalità in rapporto alla reale situazione di bisogno dei richiedenti. Ricordo che nel corso del 2007 il Cantone Ticino ha versato 22,5 milioni di franchi: 18,5 milioni sottoforma di assegno (cioè soldi che

non dovranno essere restituiti una volta terminati gli studi) e 4 milioni sottoforma di prestito. Assegno e prestito possono quindi essere considerati come due facce della stessa medaglia che, in modo e misura diversi, concorrono entrambi allo scopo finale: permettere agli studenti meno abbienti di poter accedere agli studi superiori.

L'istituzione delle borse di studio è una delle conquiste più importanti conseguite in Ticino per la democratizzazione degli studi, lungo un percorso talvolta tortuoso che parte da Stefano Franscini e arriva fino a noi. Una conquista che qualcuno vorrebbe semplicemente cancellare, come la mozione della Lega ora in discussione in Parlamento, trasformando interamente l'assegno in prestito. È una proposta inaccettabile, che contraddice e cancella le riforme liberali attraverso le quali nel nostro Cantone è stata garantita a tutti i giovani l'accessibilità agli studi indipendentemente dalla situazione finanziaria delle rispettive famiglie, dalla loro lingua, cultura e provenienza geografica. È una proposta inaccettabile anche perché significherebbe caricare sulle spalle di un neolaureato un fardello debitorio eccessivo ancor prima di aver trovato un posto di lavoro, con evidenti ripercussioni negative sull'avvio di una carriera professionale.

Se dunque la necessità e l'utilità delle borse di studio non possono essere messe in discussione, resta il fatto che il Cantone Ticino è oggi confrontato con l'obiettivo prioritario del risanamento delle proprie finanze.

La manovra con la quale il Consiglio di Stato mira a raggiungere il pareggio dei conti can-

tonali entro la fine della legislatura ha quindi obbligato anche il DECS a una difficile operazione di contenimento delle spese, proponendo una serie di risparmi che toccano i settori della formazione scolastica, professionale e universitaria.

Ogni intervento è stato attentamente valutato e ponderato, in modo da ridurre al minimo gli effetti indesiderati. Ma alcune misure hanno richiesto tutto il mio senso di responsabilità perché entrassero in linea di conto. Mi riferisco, in particolare, proprio ai risparmi che riguardano le borse di studio, visto che è stato ritoccato il rapporto tra assegno e prestito, diminuendo leggermente il primo a favore del secondo, per complessivi quattro milioni di franchi. Non è stata una scelta facile e ne avrei fatto volentieri a meno. Ma non sarebbe stato eticamente corretto e politicamente sostenibile scaricare la "patata bollente" dei risparmi solo sugli altri dipartimenti, mettendoli nella situazione di dover sostenere sacrifici ancora più consistenti in altri ambiti delicati come la sanità, la socialità, la sicurezza, la giustizia. D'altra parte non è costume politico dei liberali radicali quello di trovare facili scappatoie per non affrontare i problemi. Anche quando il vento del consenso popolare soffia altrove.

Il risanamento delle finanze cantonali è la conditio sine qua non con la quale lo Stato – lo stesso Stato che assicura prestazioni come le borse di studio – potrà continuare a fare politica attiva, cioè ad elaborare progetti e ad allocare risorse anche e forse soprattutto a favore della formazione dei suoi giovani.

Una scuola di qualità  
per tutti.



# Quel est le financement idéal?

Lors des dernières élections des délégués à la Fédération des associations d'étudiants de l'Université de Lausanne (FAE), la question du financement des études a été très débattue: faut-il suivre la voie des bourses ou bien celle des prêts?

## Prêts

Philippe Nantermod  
vice-président JLRS

### DES PRÊTS POUR TOUS PLUTÔT QUE DES BOURSES POUR PERSONNE

Les jeunes libéraux radicaux UNIL – EPFL ont pris position pendant la campagne électorale pour l'Assemblée des délégués de la Fédération des Associations d'Etudiants pour la mise en place sur le pan fédéral d'un système de prêts qui remplacerait les bourses actuelles. Cette proposition a fait l'objet de vifs débats, notamment quant au caractère solidaire du système. Pourtant, la proposition dans son ensemble a une composante essentiellement sociale.



Les prêts envisagés seront évidemment remboursables, mais pas forcément intégralement. La proposition s'appuie sur le principe qu'il importe de regarder la situation financière de l'étudiant après ses études plutôt qu'avant. Aujourd'hui, un jeune issu d'un

milieu défavorisé n'aura pas à rembourser ce que la société a mis à sa disposition, bien qu'il ait suivi des études à haute valeur ajoutée, comme par exemple des études de médecine ou de droit avec le revenu y-relatif. Ne pas tenir compte du revenu de l'étudiant une fois intégré dans le marché du travail constitue une hérésie au regard de l'égalité de traitement. De la même manière, il va de soi que celui qui aura échoué dans ses études ou qui aura pris une filière avec, à la clé, un revenu relativement faible, ne doit pas être pénalisé par le système. La proposition des JLRUE revient à constituer une espèce d'AVS inversée: vous commencez par toucher une rente que vous rembourserez ensuite, en fonction de votre capacité contributive. Plusieurs paliers peuvent être mis en place pour créer un véritable mécanisme de financement des prêts d'étude sans pour autant pénaliser lourdement le jeune intégré dans le marché du travail. Cette proposition a l'immense avantage de garantir à moyen terme un nombre bien plus important de fonds disponible qu'aujourd'hui. Dans un monde idéal, chacun devrait pouvoir choisir le mode de financement de ses études. Or, pour qu'un tel système soit possible, les fonds à disposition doivent être considérablement plus importants qu'aujourd'hui. Que celui qui bénéficie d'un haut revenu rende une partie ou le tout de ce qu'il a reçu de la part de l'Etat nous semble n'être qu'un juste retour des choses, sachant que ces fonds serviront directement à d'autres jeunes, en début de formation, et nécessitant une aide étatique pour le bon déroulement des études. Contrairement à ce que prétendent les opposants, notre projet est solidaire, performant et juste.

## Bourses

Leonardo Schmid  
membre du comité central du Parti Suisse du Travail

### LES BOURSES D'ÉTUDES: UN PETIT PAS VERS LA LIBERTÉ DE TOUS

Le débat sur les bourses d'étude en opposition aux prêts peut être affronté d'une façon très technique, en se basant sur des statistiques et des tableaux que chacun peut utiliser de son côté, pour prouver sa part de raison.

Toutefois avant de discuter sur la faisabilité de l'une ou l'autre option, il faudrait choisir sur quels principes nous voulons fonder notre système de formation. Selon des principes démocratiques de base, une société saine doit garantir le droit d'étudier à tous, sans distinction de race, de sexe et surtout – pare qu'il s'agit du critère discriminatoire le plus important – de classe.



Ceci dit, pourrions-nous demander aux étudiants de payer pour obtenir ce droit? Non, nous ne pouvons pas le faire, l'éducation doit être gratuite. Par conséquent, il est injuste que les étudiants doivent s'endetter pour effectuer leurs études, simplement parce que cette manière de procéder va les amener, un jour ou l'autre, à payer pour avoir bénéficié d'un droit. Cet aspect est fondamental pour la construction d'une société libre, ce droit doit être garanti comme une priorité presque absolue, qui ne peut être soumise à aucune autre condition.

Ainsi la réelle possibilité d'appliquer ce droit n'a pas d'échappatoires, d'autant plus en Suisse. La politique de la formation en Suisse doit avant tout se poser la question suivante: « est-il possible qu'un pays comme le nôtre, un des plus riches au monde, ne soit pas en mesure d'assurer le droit d'étudier à tout le monde? ». La seule réponse acceptable est: « cela est impossible ».

Il s'agit simplement de mettre en oeuvre une volonté politique qui aille dans cette direction, sans subir la pression de ceux qui voudraient voir dans l'éducation une marchandise comme une autre. Il est ici question de choisir si nous voulons une éducation subordonnée aux logiques de profit, une éducation rentable dans sa gestion courante, ou une éducation vue comme un investissement qui puisse profiter à l'ensemble du pays dans tous les secteurs.

# The Bologna System: are we getting the best out of it?

Although the reform has been highly criticized by many, we believe that some of the main opportunities offered by the system remain still unexplored

Yalis Torretta, MA in International Affairs HEID Geneva



For a long time, the first falling leaves and the first cold accompanied students on their path back to university. On the contrary, since last year when the Bologna reform become effective, students can still enjoy

as a companion, a tepid September's sun. The adoption of this system means that, in terms of cultural integration, Switzerland is orientating itself in line with its European neighbors.

The main objective of the 3+2 is to offer a basic education: a three year "Bachelor" which afterwards allows the student to deepen their interest in a specific subject in the following two years on the "Master" program. It is not unusual that the subject of the Master degree will differ from that of the Bachelor. This is the opportunity offered by the system. It opens the way for creativity, encouraging a high degree of flexibility and a proactive spirit. Moreover, the Bologna system requires an alignment of all university calendars. This measure aims to further increase the student's mobility by enhancing exchange experiences abroad. National borders are becoming more ephemeral almost by the day in the current globalized working environment. In this context, the capacity to adapt in multicultural surroundings and to be an independent and organized worker is increasingly valued and rewarded by the market. The idea behind the Bologna-model exchange programs is to give students the opportunity to develop these important skills during a year abroad.

Nevertheless, the September sun that follows students in class, does not shine cloudless on the reform and its objectives.

Although mobility has been facilitated it is overly unrealistic to believe that the doors of all European's university are from now on open and that bureaucratic procedures are obsolete customs. One of the main obstacles is represented by "equivalences", that is, credit and grades equivalences. Furthermore, some professors rarely accept to recognize classes attended abroad. Indeed, although the topic might be similar they believe that the standards are not comparable

to those of the home university. Is the great opportunity offered by the reform going to be suffocated because of the incompetence of some administrative services or the arrogance of a few professors? The modern students demands for flexibility is not met by the academic institutions they attend.

Among the ideas supporting the reform, the most interesting is the concept of continuous and not cumulative education, namely the 3+2 structure. Currently, the sobriquet "generalist-specialist" should no longer be seen as an oxymoron. Specific knowledge needs to be easily applicable to various fields in order to possess a comparative advantage in the job market. Students should therefore be fully aware of what they want to obtain once they choose a Master program. The structure of the reform encourages such awareness. Indeed, after the Bachelor degree, students have the possibility to acquire professional experience before continuing their education.

This leads to one of the principal problems related to our university system, the dilemma of professional experience versus pure academia. For a student entering the job market without the relevant professional experience, the path turns out to be bristling with jagged rocks. Undeniably, learning is a continuing, lasting process. However, the weakest link in this lifelong chain is precisely represented by getting a first job, and the lack of professional experience can cast a bad light even on the best CV. Now, some private enterprises offer internal training programs for candidates, but we are firmly convinced that universities should provide an education which is more outcome-oriented and more coupled to reality. It should start in and continue outside the cloisters of academia throughout the professional life of the graduate, establishing strong ties with the business world.

On the one hand, we are convinced that professors should adapt their teaching approach to a fast moving and diverse environment sometimes requiring different tools than pure research skills. Nowadays, merely understanding a set of theoretical frameworks is not sufficient and must be linked and integrated with real case studies or situations. Faculties should consider recruiting more teachers with experience in the private sec-

tor, where applicable. Indeed, to become a doctor you must have worked in a hospital; how many professors of finance, for instance, have a record of service in a bank?

On the other hand, we suggest that agreements should be negotiated between universities and public- and private institutions. This would benefit both businesses and students alike. The former would profit from student's skills and knowledge, whereas the latter will have the possibility to acquire some practical experience in their field of choice.

Undoubtedly every student has the duty of enriching its own CV with relevant professional experience. Without the support of the university, however, this can sometimes be difficult. First of all, internships commonly last between four and six months and are generally unpaid, full-time positions. As such, the student who is obliged to work during their studies to finance their internships tend to suffer. A cantonal scholarship system based on selection by merit should partly replace the one in place today.

Reconciling practice and theory should enhance the possibility of finding a first job after the Bachelor. Thus, the student would have the possibility to understand if their previous studies match with the working environment they are looking for. The choice of a Master would therefore be more rational. As a result, the level of Master's program could be raised again, after a period where the quantity has prevailed over the quality. (A proof is that recently, Swiss Universities can not be found in the first 25 top University in Europe).

The endless debate on the freedom of movement within the EU should address the roots of what is mostly feared (rising unemployment) instead of fermenting fear among people. Switzerland's export-driven economy needs qualified workers. The focus should therefore be put on how to produce a highly competent labor force and how to enhance the competitiveness of our students.

The Bologna reform has laid the foundations for a high quality education. Now it is up to the government and the universities to identify the key problems and work jointly in order to better exploit the potential offered by the system and by the brilliant minds sitting in our university classes.

# Eine moderne Schule dank HarmoS!

Die Schulreform HarmoS stärkt die Volksschule und ermöglicht den Kinder einen noch besseren Start ins Leben – mit mehr Chancen für alle. HarmoS ist eine längst überfällige Notwendigkeit und verdient unsere volle Unterstützung.

Adrian Michel, Vize-Präsident jfs

In der Schweiz gibt es heute in jedem Kanton ein unterschiedliches Schulsystem. Eine zu grosse Systemvielfalt ist aber teuer und schafft Probleme zum Beispiel bei einem Kantonswechsel. Darum haben sich am 21. Mai 2006 Acht von Zehn Schweizerinnen in einer Volksabstimmung (Bildungsverfassung) dafür ausgesprochen, gewisse formale Strukturen zu vereinheitlichen. Die HarmoS-Gesetzgebung ist nun die Umsetzung dieser eidg. Volksabstimmung. HarmoS tritt in Kraft, wenn 10 Kantone die kantonalen Vereinbarung unterzeichnen. Bis im August 2008 sind bereits 5 Kantone dem interkantonalen Vertrag bereits beigetreten.



WELCHE VERBESSERUNGEN BRINGT HARMOS?

HarmoS hat als Ziel die kantonalen Schulsysteme in wichtigen Punkten zu vereinheitlichen. Konkret sollen Ziele und Strukturen gleich sein sowie Lehrpläne und Lehrmittel sprachregional aufeinander abgestimmt werden. HarmoS führt aber zu keinem nationalen Diktat und keiner Zentralisierung. Der Vorteile des Föderalismus, Wettbewerb und Qualitätssteigerung, bleiben erhalten. Für den Bildungsbereich bleiben weiterhin Kantone und Gemeinden verantwortlich.

HarmoS vereinfacht eine möglichst frühe Förderung der Kinder. Der Schuleintritt

soll dazu bereits mit 4 Altersjahr erfolgen und der heutige Kindergarten obligatorisch werden. Jedes Kind kann dadurch nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten gefördert werden, ohne überfordert zu sein.

HarmoS führt zu nationalen Bildungsstandards. Diese legen fest, welchen Wissensstand eine Schülerin, ein Schüler zu einem bestimmten Zeitpunkt in den Fächern Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften erreicht haben

muss. Dank solchen verbindlichen Bildungsstandards wird es in Zukunft möglich sein, Schulleistungen in der gesamten Schweiz miteinander vergleichen zu können.

HarmoS führt zu Blockzeiten in der Primarschule. Dies ermöglicht den Eltern Familie und Beruf besser zu vereinbaren. HarmoS verpflichtet die Kantone ebenfalls ein bedarfsgerechtes Angebot an Tagesstrukturen (Mittagstisch, Aufgabenhilfe) zu schaffen. Die Nutzung eines solchen Betreuungsangebotes ist jedoch freiwillig und bleibt in aller Regel kostenpflichtig.



# Nous avons commencé...avec le Président de la Confédération!

Après sa création en présence de Pascal Couchepin, président de la Confédération, la section se lance dans l'organisation de plusieurs soirées dédiées au débat politique

Nicolas Huser

En collaboration avec le comité romand des jeunes radicaux, nous avons lancé au printemps 2008 une section de jeunes libéraux-radicaux de l'université et des Hautes Ecoles de Fribourg (Jlrf unifrhes so), en présence de Monsieur Pascal Couchepin, président de la Confédération, qui s'est exprimé sur le thème de la formation devant une salle comble d'étudiants et de responsables politiques. Notre but principal est d'offrir des moments de rencontre entre étudiants intéressés de près ou de loin à la politique, dans une atmos-

phère amicale et décontractée.

Concrètement, comment peux-tu y trouver de l'intérêt ? Pour ce semestre, nous te proposons de passer à nos stamms, tous les premiers mardis du mois, dès 20h00 au TM à Fribourg. C'est l'occasion pour toi de discuter avec des jeunes d'opinions divers autour d'un verre. Pour marquer la rentrée, nous allons organiser une soirée à thème quelques semaines après la reprise des cours ; pour nous la politique est aussi un moyen de se retrouver entre amis pour faire la

fête. Puis, nous avons prévu un débat en octobre sur le thème de la fumée dans les lieux publics, son interdiction et les conséquences sur nos libertés. Enfin, au programme, une visite du Palais fédéral durant la session parlementaire du mois de décembre, afin de comprendre comment fonctionnent nos élus nationaux, de rencontrer certains d'entre eux et surtout d'échanger nos points de vue avec eux.

Parmi cette palette de choix, il doit au moins y avoir une activité qui t'intéresse, alors n'hésite pas à t'informer via notre site internet [www.jlr-he.ch](http://www.jlr-he.ch) et t'inscrire comme membre, sans obligations, afin de recevoir des informations sur nos actions.



Comité:  
 Nicolas Huser, président  
 Zoe Esseiva, vice-présidente  
 Marc Plancherel, vice-président  
 Sébastien Wicht, vice-président  
 Stéphane Cuennet, caissier  
 Emmanuel Currat, Johanna Gagpny,  
 Stéphanie Lang, Léonie Spreng,  
 Yoann Chassot, Didier Carrard

Contact:  
[nicolas.huser@netplus.ch](mailto:nicolas.huser@netplus.ch)  
[www.jlr-he.ch](http://www.jlr-he.ch)



# Jfunibe – Wir stellen uns vor

## Jungfreisinnige Uni Bern – Die richtige Wahl (für Studierende).

### Laurent Saudan

Wir, die jungfreisinnigen an der Universität Bern gehören als Sektion den jungfreisinnigen kanton bern (jfbe) und den jungfreisinnigen schweiz (jfs) an. Wir beteiligen uns mit liberaler, freiheitlicher, toleranter, weltoffener und sozialer Überzeugung am politischen Geschehen an der Universität Bern, im Kanton Bern und auf eidgenössischer Ebene. Dabei nehmen wir am politischen Leben der Universität Bern teil und vertreten unsere Anliegen im StudentInnenrat und im SUB-Vorstand der Universität Bern. Des Weiteren engagieren wir uns auch ausserhalb der Universität, besonders in der Bildungspolitik. Der Kontakt und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen jungfreisinnigen Sektionen, dem kantonalen und dem nationalen Vorstand werden gross geschrieben. Auf jeder Ebene gilt es mitzureden.

Unsere Bemühungen gelten nicht nur den politischen Interessen, wir pflegen auch eine angenehme und förderliche Kollegialität untereinander. Dies widerspiegelt sich auch in unserem Programm, denn auch gesellige Anlässe sind eine gern gesehene Abwechslung. Nur gemeinsam können wir etwas bewegen. Wir treten für einander ein.

**DER VORSTAND – EINE SCHLAGKRÄFTIGE EINHEIT.** Die Leitung unserer Partei wird durch einen fünfköpfigen Vorstand besorgt, welcher sich regelmässig an der Uni Bern zu einer Vorstandssitzung trifft. Eine schlagkräftige Einheit? Ja genau, das sind wir. Die Stärken unseres Vorstands liegen darin, dass wir trotz hitziger Diskussionen und angeregter konstruktiver Kritik einen gemeinsamen Nenner finden und eine geschlossene Einheit bilden. Der Vorstand ist der Motor des Jungfreisinns an der Uni Bern, deshalb sind wir auch darum bemüht immer möglichst aktive und kreative Köpfe als Mitglieder zu haben. Das interdisziplinäre Zusammenwirken der Vertreter verschiedener Studiengänge ermöglicht uns eine kreative und breit gefächerte Politik.

**UNSERE TÄTIGKEITEN ALS UNIVERSITÄRE SEKTION.** Als universitäre Sektion der jungfreisinnigen liegt unser Hauptinteresse in der Universitäts- und Hochschulpolitik. Zudem befassen wir uns aber auch mit allgemeinpolitischen

Themen. Der Schwerpunkt unserer Aktivität lässt sich in zwei Bereiche unterteilen, dies in ein parteiinternes Engagement mit Anlässen und Politstämmen sowie der Vertretung der liberalen Meinung im Studentenrat der SUB.



**UNSERE FRAKTION – DIE LIBERALE STÜTZE DER SUB.** Mit einer Fraktion im StudentInnenrat der SUB (Vereinigung der Studentinnen und Studenten der Uni Bern) können wir direkt in die Unipolitik einwirken. Hier geht es um Themen, welche direkt die Studierenden betreffen. Der StudentInnenrat (SR) ist das Parlament der SUB. Er ist das Entscheidungsgremium und legt die Leitlinien für die politische Ausrichtung der SUB fest.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Studentenschaft der Uni Bern (SUB) nicht eine utopische, linksidealistische Politik verfolgt, sondern sich mit Wort und Tat für die wirklichen Bedürfnisse der Studierenden einsetzt. Wir verfolgen dieses Ziel, indem wir im Studierendenrat der Uni Bern aktiv mitarbeiten und mitbestimmen. Wir sind die einzige bürgerliche Kraft in einem sehr links eingestellten Rat, eine Stimme der Vernunft in teilweise enorm realitätsfremdem Umfeld.

**PARTEIINTERNES ENGAGEMENT.** Politstämme in den regelmässig stattfindenden Politstämmen befassen wir uns mit jeweils aktuellen Themen, die von einem oder mehreren Gastreferenten ausgeführt und debattiert werden. An Politstämmen sind alle Mitglieder willkommen, die sich für brisante Themen der Politik interessieren.

Anlässe – Nebst unseren Politstämmen organisieren wir auch gesellige Anlässe für unsere Mitglieder. Dies verhilft uns, dass auch in ausgelassener Atmosphäre über politische Themen diskutiert werden kann. Jedoch nicht nur die politischen Themen sollen im Vordergrund

stehen, sondern auch der freundschaftliche Umgang untereinander soll gepflegt werden. Der Kontakt mit anderen Sektionen kann mit gemeinsamen Anlässen vertieft und gestärkt werden.

**PETITIONEN – WIR VERLEIHEN UNSEREN FORDERUNGEN NACHDRUCK.** Mittels Petitionen und anderen gezielten Aktionen wirken wir in der Unipolitik mit. Hier werden Themen aufgegriffen und verdeutlicht, welche direkt die Studierenden betreffen.

**UNIFEST 2008 – DIE JUNGFREISINNIGEN IM ZENTRUM DES GESCHEHENS.** Jährlich findet an der Universität Bern das legendäre Unifest statt. Es ist ein Fest von Studenten für Studenten unter der Leitung der SUB (Vereinigung der Studentinnen und Studenten der Uni Bern). Der Jungfreisinn ist jedes Jahr mit zwei Bars vertreten, wir befinden uns somit im Zentrum des Geschehens und erhalten die Gelegenheit unser Zielpublikum direkt anzusprechen.

**MITREDEN? MITMACHEN!** Um etwas an der Uni Bern zu bewegen, muss man sich auch dafür einsetzen können und wollen. Wir bieten Dir dafür die optimale Plattform. Ein Engagement für die Partei zahlt sich auch für dich aus. Als Mitglied eröffnen sich für dich neue Möglichkeiten in der interdisziplinären Kommunikation mit Studenten. Wir stehen gemeinsam für unsere Überzeugungen ein und können auch gemeinsam etwas bewegen. Desweiteren bieten wir Dir auch die Möglichkeit, dich aktiv im Vorstand, in der Fraktion oder als Delegierter zu bewähren. Wir verleihen deiner Stimme Gehör. Gemeinsam können wir etwas bewegen.

#### Vorstand:

Laurent Saudan, Präsident  
Clifton des Ligernis, Fraktionschef  
Reto Ferrari-Visca, Kampagnenleiter  
Dominic Kobelt, Medienbeauftragter  
Leonita Berisha, Events und Personal

#### Kontakt:

laurent.saudan@jungfreisinnige.ch  
www.jfunibe.ch

# Section universitaire et des hautes écoles des jeunes libéraux radicaux

**Toute jeune - la création officielle date du 28 avril passé - la section s'est déjà imposée lors des élections à la Fédération des Associations d'étudiants (FAE): avec les élus, elle cherchera à influencer le campus pour montrer que tous les étudiants ne sont pas de gauche**

Aude Reymond

Notre section, encore toute jeune car sa création remonte au 28 avril de cette année, est le fruit de plusieurs mois de travail entre, d'un côté, un groupe d'étudiants issus de toutes les facultés de l'Université de Lausanne et de l'Ecole polytechnique fédérale, et de l'autre des jeunes radicaux vaudois par les biais de leur président, François Roch.

Notre objectif premier, par le biais de cette section et de notre présence au sein de l'alma mater, est de créer un relais du parti radical auprès de la jeunesse universitaire, qui représente un potentiel extraordinaire. Il doit être possible, à n'importe quel étudiant intéressé par la politique, par la chose publique en général ou qui recherche simplement des informations sur notre parti, de

Notre objectif au sein de la FAE est simple, faire en sorte que cette fédération s'engage pour des études de meilleure qualité ; nous avons en effet à cœur de mettre la priorité dans nos études sur les débouchés qui les suivent. Il est important que notre diplôme nous donne le meilleur accès possible au marché du travail. Bref, nous nous engageons à ce que la FAE ne s'occupe pas que des questions liées au chômage, mais aussi au travail ; pas uniquement au prix du café, mais aussi aux programmes d'études. L'excellence d'une université se mesure aussi à la faculté de ses diplômés de s'intégrer dans le monde du travail. La volonté de politiser la FAE ne faisait pas l'unanimité, mais les étudiants ont montré, par leurs votes, qu'ils n'y étaient pas opposés, et il nous appartient désormais de faire nos preuves et de montrer qu'afficher clairement une étiquette politique est un gage de transparence et d'honnêteté.

La section universitaire des jeunes radicaux libéraux s'est créée en anticipant une fusion qui ne saurait tarder sur le plan cantonal et qui est déjà réalisée au plan fédéral. Et la présence de cette section est un pas de plus vers un débat d'idées plus intense à l'université. Nous encourageons d'ailleurs vivement d'autres partis politiques à suivre notre voie.



La volonté de créer cette section est partie d'un constat tout simple: l'absence cruelle de représentation des partis politiques à l'Université, que ce soit des partis de gauche ou des partis de droite.

Absence non pas tellement dans les organes dirigeants mais plutôt au sein même du campus.

Il nous importe de montrer ainsi que les jeunes ne sont pas désintéressés de la politique et que si l'Université est par tradition plutôt ancrée à gauche, ce n'est pas forcément le cas de tous ses étudiants.

Il est vrai qu'en tant que jeune, une étiquette est difficile à porter et que revendiquer une appartenance à un parti de droite l'est encore moins. Mais les jeunes qui sont prêts à assumer sont motivés, et il y en a ! A nous de savoir comment réunir et canaliser ces énergies !

se renseigner auprès de la section par un mail ou une rencontre autour d'un café.

Le but étant de simplifier au maximum le processus d'adhésion et l'accessibilité du parti qui a, en ce moment, plus que besoin d'une relève jeune et dynamique.

Il ne faut donc pas négliger ce vivier que sont les hautes écoles, donner un message clair et une image dynamique, plus sexy et festive de ce bon vieux parti qu'est notre cher parti radical.

Nous avons déjà présenté des listes à l'élection de l'Assemblée des délégués de la Fédération des associations d'étudiants (FAE), élection qui nous a permis de remporter un siège dans chaque faculté représentée. Ce fut pour nous un bilan très positif et cette élection a permis de nous faire connaître sur le campus.

#### Comité:

Aude Reymond, présidente  
Emilie Chaperon, vice-présidente  
Philippe Nantermod  
Michel Bourban  
Nicola Pini  
Matthieu Hösli  
Renaud Vuignier

#### Contact:

Aude.Reymond@unil.ch  
www.jlr-he.ch

# jf@uniETH

## Die liberale Arm der Zürcher Hochschulen

Raffaele Cavallaro

Die jf@uniETH ist der liberale Arm der Zürcher Hochschulen. Ihr Ziel ist es, die liberalen und fortschrittlichen Kräfte an der Uni Zürich und der ETH zu bündeln und ihre Anliegen zu vertreten. Sie setzt sich zur Aufgabe, die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Leitungen beider Hochschulen sowie gegenüber der Politik zu wahren und zu vertreten.

In Zusammenarbeit mit dem Studentenring, der liberale nicht-politische Arm, werden je nach Fakultät gemeinsame Wahllisten für den StuRa aufgestellt. Die Zusammenarbeit soll mit der Doppelmitgliedschaft gezeigt werden. (D.h. ein Mitglied der jf@uniETH ist gleichzeitig auch Mitglied beim Studentenring) Inhaltlich wollen wir aber ein völlig eigenständiges Programm anbieten.

Es wird auch eine Mitgliedschaft bei der JFS (Jungfreisinnige Schweiz) und der JFZH (Jungfrei-

sinnige des Kantons Zürich) angestrebt, um uns auch im Jungfreisinn Gehör zu verschaffen.



Vorstand:  
 Raffaele Cavallaro – Präsident  
 Flavio Rump - Vizepräsident  
 Stefan Staub - Kassier  
 Géraldine Schreiner - Aktuarin

Kontakt:  
[raffi@jfunieth.ch](mailto:raffi@jfunieth.ch)  
[www.jfunieth.ch](http://www.jfunieth.ch)

# Die Jungfreisinnigen an der Universität St. Gallen

Libérale Werte und engagierte Studierende

Julia Suter



Die Jungfreisinnigen an der Universität St. Gallen, kurz jf@hsg, wurden im Februar 2005 neu gegründet. Seither leitet ein Vorstandsteam aus fünf bis sieben engagierten Studenten die Geschicke des Vereins, der aus ungefähr 35 Mitgliedern besteht.

Ziel ist den liberalen Geist an der Universität zu fördern und Jungfreisinnigen während ihres Studiums in St. Gallen eine politische Heimat zu bieten.

Neben der Mitarbeit im Studentenparlament und unipolitischem Engagement organisiert der Vorstand ein bis zwei Events. Die Bandbreite dieser Events reicht von Podiumsdiskussionen über Referate bis zu Kaminfeuergesprächen.

Jedes Semester freuen sich die Jungfreisinnigen an der Universität St. Gallen auf alte und neue Gesichter und spannende Diskussionen.

Vorstand:

Julia Suter, Praesidentin  
Gianrico Monsch, Kassier  
Cathrine Ambrus  
Patrik Louis  
Etienne Schumpf

Kontakt:

[jungfreisinnige@myunisg.ch](mailto:jungfreisinnige@myunisg.ch)

□

## Abonnement Accent

Möchtest du den Accent auch weiterhin erhalten? Dann schreibe eine Email an [accent@jungfreisinninge.ch](mailto:accent@jungfreisinninge.ch) und wir senden dir die Mitglieder-Zeitschrift der Jungfreisinnigen Schweiz jeweils als pdf.

Voudrais-tu aussi recevoir Accent ? Alors écris un e-mail à [accent@jungfreisinninge.ch](mailto:accent@jungfreisinninge.ch) et nous t'enverrons la revue des membres des jeunes libéraux-radicaux suisses en pdf.